



FACTSHEET: NICARAGUA

1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

Das rund 6 Millionen Einwohner*innen zählende Nicaragua kämpft mit **Ungleichheit und ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas**. Insbesondere Indigene, Frauen und Jugendliche machen einen erheblichen Anteil der 43% der Bevölkerung, die in Armut lebt, aus.¹ Die Corona-Pandemie hat die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zudem zusätzlich verschärft. Darüber hinaus haben die Wirbelstürme Iota und Eta Ende 2020 schwere Zerstörungen in Nicaragua verursacht und Zehntausende obdachlos gemacht.

Seit der **gewaltsamen Niederschlagung der Massendemonstrationen 2018** mit mehr als 300 Toten und über 2.000 Verletzten befindet sich das Land in einer Abwärtsspirale politischer Gewalt. **Die staatliche Repression nimmt kontinuierlich zu** und führt zur Festnahme von zahlreichen Vertreter*innen aus Opposition, Medien und Zivilgesellschaft. Die Präsidentenfamilie um Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo kontrolliert Regierung, Justiz und Verwaltung vollständig und untergräbt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell äußerte zuletzt deutliche Kritik an Nicaraguas Präsident und sprach von der Einrichtung einer der "schlimmsten Diktaturen weltweit".²

Vor dem Hintergrund der eskalierenden politischen Gewalt haben **zahlreiche Nicaraguaner*innen das Land verlassen**. Schätzungsweise 150.000 von ihnen leben laut jüngsten Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks im Exil im Nachbarland Costa Rica.³ Dort leben die Geflüchteten in prekären sozioökonomischen Umständen, die sich insbesondere im Kontext der Corona-Pandemie zu einer humanitären Krise entwickelt haben.

2. Wahlen 2021

Erwartungsgemäß wurde am 7. November letzten Jahres Daniel Ortega für weitere fünf Jahre zum Präsidenten "gewählt". Laut offiziellen Angaben erhielt er dabei 75% der abgegebenen Stimmen. Laut der oppositionellen Organisation "Urnas Abiertas" betrug die Wahlbeteiligung lediglich 20%. Mit 75 der insgesamt 90 Sitze behält die sandinistische Regierungspartei (*Frente Sandinista de Liberación Nacional* - FSLN) auch im Parlament die absolute Mehrheit.

Von einer **demokratischen Abstimmung ist jedoch kaum zu sprechen**. Bereits im Dezember 2020 hatte Nicaraguas Parlament das umstrittene Souveränitätsgesetz (*Ley de Defensa de los Derechos del Pueblo a la Independencia, la Soberanía y Autodeterminación para la Paz*) auf den Weg gebracht, welches die Kandidatur von Oppositionellen bei den Wahlen de facto verhindern sollte. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte verurteilte die Verabschiedung als massiven Einschnitt in die Ausübung politischer Rechte.⁴



Massive Einschüchterungen und der systematische Ausschluss der Opposition prägten zudem den Wahlkampf. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte sprach von einer Intensivierung der Repression im Kontext der Wahlen.⁵ Rund 40 Oppositionelle, Journalist*innen und Unternehmer*innen wurden im Vorfeld verhaftet, darunter auch sieben führende Oppositionspolitiker*innen und Anwärter*innen auf das Präsident*innenamt. Eine im September 2021 durchgeführte Umfrage zeigte, dass 65% der nicaraguanischen Bevölkerung für eine*n der inhaftierten Oppositionsführer*innen gestimmt und lediglich 19% der Befragten erneut ihre Stimme für Präsident Daniel Ortega abgegeben hätten.⁶ Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte verurteilte zudem Menschenrechtsverletzungen am Wahlwochenende, etwa willkürliche Verhaftungen sowie die Belästigung von regierungskritischen Individuen, und die Behinderung der Presse am Wahltag.⁷ Seit den Wahlen hat sich das Vorgehen der Regierung gegen Oppositionelle weiter verschärft. Journalist*innen und Familienangehörige berichten über systematische Verletzungen der Grundrechte der 180 (politischen) Gefangenen u.a. durch Isolationshaft und mangelnde medizinische Versorgung. Im Februar 2022 starb Hugo Torres, ein ehemaliger Kampfgefährte Daniel Ortegas, an den Folgen der Haftbedingungen.

3. Situation der Zivilgesellschaft

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte äußerte wiederholt Besorgnis über die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, die erheblichen Aggressionen seitens staatlicher Sicherheitskräfte und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt sind.⁸

Seit September 2020 hat die nicaraguanische Regierung zudem an der **Ausarbeitung und Umsetzung einer Reihe von Gesetzen** bzw. Verfassungsreformen gearbeitet, **die den zivilgesellschaftlichen Handlungsraum massiv bedrohen** und weiter beschneiden. Das im Oktober 2020 verabschiedete Gesetz über ausländische Agent*innen (*Ley de Regulación sobre Agentes Extranjeros*), das die Registrierung von Empfänger*innen ausländischer Mittel notwendig macht sowie das im gleichen Monat auf den Weg gebrachte Spezialgesetz zu Cyberkriminalität (*Ley Especial de Cibercrimitos*) behindern die Ausübung der Meinungs- und Pressefreiheit erheblich. Im November 2020 verabschiedete das Parlament zudem eine Änderung der nationalen Verfassung,⁹ welche lebenslange Haftstrafen für Vergehen einführt, die Erschütterung, Ablehnung, Empörung oder Widerwillen in der Bevölkerung hervorrufen. Unabhängige Menschenrechtsorganisationen deuten diese Gesetze als Institutionalisierung der politischen Verfolgung von kritischen Stimmen und Menschenrechtsverteidiger*innen.

Seit Antritt von Ortegas vierter Amtszeit im Januar 2022 hat sich die Lage dramatisch verschärft. Am 2. Juni beschloss das nicaraguanische Parlament die Schließung von weiteren 96 zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der Begründung, dass diese gegen ein Gesetz zur Finanztransparenz verstoßen hätten. Mit weiteren Schließungen im Laufe des Juni steigt die Zahl der **Organisationen, denen seit 2018 der Rechtsstatus entzogen worden ist, auf mehr als 750** (Stand 28. Juni 2022).¹⁰ Im März wies die Regierung zudem den in Nicaragua ansässigen Vertreter des Roten Kreuzes aus nach dessen wiederholter Durchführung von Gefängnisbesuchen. Ende April kündigte die Regierung zuletzt wegen angeblicher Einmischung in innere Angelegenheiten ihren sofortigen **Rückzug aus der Organisation für Amerikanische Staaten (OAS)** an, insbesondere weil letztere die vierte Amtszeit von Ortega nicht anerkannt hatte.



Einen kleinen Lichtblick stellt die am 31. März 2022 angenommene Resolution des UN-Menschenrechtsrats dar. Darin brachte das Gremium seine Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtssituation sowie den abnehmenden zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum in Nicaragua zum Ausdruck und beschloss die Einrichtung einer **Expert*innengruppe zwecks Untersuchung der seit 2018 begangenen Menschenrechtsverletzungen**. Dieser Beschluss stellt einen ersten Schritt in Richtung Gerechtigkeit, Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung für die Opfer sowie deren Hinterbliebene dar.

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:

- Öffentliche Verlautbarung der Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtssituation in Nicaragua.
- Gegenüber der nicaraguanischen Regierung: Forderung der Freilassung aller politischer Gefangener, der Inkraftsetzung aller demokratischen Grundrechte sowie freier und fairer Neuwahlen mit internationaler Beobachtung.
- Gegenüber der nicaraguanischen Regierung: Forderung, der Resolution 49/3 des UN-Menschenrechtsrats vom 31. März 2022 nachzukommen und Einladung des im Rahmen der Expert*innengruppe ernannten Juristen Jan-Michael Simon in den Bundestag im Herbst 2023 zwecks Vorstellung des UN-Berichts zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen.
- Monitoring der Umsetzung der zuletzt am 10. Januar 2022 verschärften Sanktionsbeschlüsse der EU von den EU-Mitgliedsstaaten bzw. Deutschland (ggf. durch Kleine Anfrage).

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:

